

---

## Newsletter

### Berichte – Informationen – Debatte

---

September 2018

**Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,**

insgesamt 13 Veranstaltungen unterschiedlicher Art wird es ab dem 4. Oktober zur Novemberrevolution von 1918 geben: Einige bevorzugen den konzentrierten und kritischen Blick auf das Geschehen, seine Vor- und Nachgeschichte in Hannover, andere widmen sich der historischen Dimension des Herrschaftsumbruchs und seiner retrospektiven Bewertung. Das Gedenken an die Reichspogromnacht vom 9./10. November nimmt kaum weniger Raum in diesem bedeutungsgeladenen November 1918 ein. Wir haben uns bemüht, alle Termine im gedruckten und auf unserer Website enthaltenen aktuellen Netzwerkkalender aufzuführen. Zudem künden spezielle Flyer und aktuelle Hinweise, die auch von unserer Website abrufbar sind, ausführlich von der Beschäftigung mit den Ereignissen vor 80 und 100 Jahren. Schreibt man diese Daten auf, wird man gewahr, wie kurz die Zeitspanne zwischen diesen beiden Ereignissen war, mit welcher Beschleunigung die Hoffnungen von 1918 auf Demokratie, soziale Republik, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde in Gewalt und Terror zerstoßen. Die achteilige TV-Serie „Krieg der Träume 1918-1939“ – noch bis 22. Oktober in der arte-Mediathek abrufbar – widmet sich mit internationalem Blick auf beeindruckende Art dem Geschehen dieser Jahre. Zwei große Demonstrationen zu Monatsbeginn gegen rechte Gewalt und Politik, für Bürgerrechte drückten das Gespür und die politische Einsicht vieler aus, wie wichtig das energische Eintreten für die Offenheit unserer Gesellschaft gegen ihre Feinde ist. 20 Jahre können auch eine Erfolgsgeschichte beinhalten, wie der Geburtstag des Fördervereins Gedenkstätte Ahlem zeigte – unseren Glückwunsch. Zu berichten ist auch über eine wieder gelungene Gedenkstättenfahrradtour des Vereins gegen das Vergessen / NS-Zwangsarbeit und etliches mehr. Die Arbeitsgruppe innerhalb des Netzwerks, die sich mit dem Lernort NS-Gesellschaft beschäftigt, hat ein kleines Resümee ihrer Arbeit gezogen, das sie allen Interessierten nicht vorenthalten will.

*Peter Schyga (Netzwerkreferent)*

**Der Inhalt:**

- **7. Gedenkstättenfahrradtour**
- **Zum Antikriegstag auf dem Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer**
- **20 Jahre Förderverein Gedenkstätte Ahlem**
- **Jiddisch – Eine deutsch-jüdische Liebesgeschichte mit tragischen Abstürzen**
- **Bunt statt Braun und andere Proteste**
- **Überlegungen zum „Lernort NS-Gesellschaft“**
- **KZ-Gedenkstätte Mauthausen – problematischer Eingriff in die Bausubstanz**
- **Zu anwachsendem Nationalismus und der bedrohlichen Rechtsentwicklung in Europa**

## Gedenkstättenfahrradtour 2018

Die 7. Gedenkstättenfahrradtour des *Vereins Gegen das Vergessen / NS-Zwangsarbeit* am Sonntag dem 2. September wurde wie schon in den Jahren zuvor ein voller Erfolg. Dazu trug nicht nur das angenehme Wetter bei, das zum Radeln einlud, sondern in erster Linie die qualifizierten, kenntnisreichen Erläuterungen zu dem historischen Geschehen an den fünf Stationen des Erinnerns, die angesteuert wurden. Vor dem Neuen Rathaus erfuhren die 34 Teilnehmer\*innen von Reinhard Schwitzer nicht nur etwas über das politische Leben des Namensgebers des Vorplatz, Bürgermeister Tramm, sondern natürlich auch vieles über dieses städtische Machtzentrum in der NS-Zeit. Es wurde zudem darauf verwiesen, dass im digitalen Stadtrundgang [www.zukunft-heisst-erinnern.de](http://www.zukunft-heisst-erinnern.de) etliche Orte der Tour ausführlich erläutert sind. Über die Stationen Stadtbibliothek und Schlägerstraße, einst Stützpunkte der Gestapo, – Tim Rademacher informierte ging es durch Nebenstraßen der Südstadt zum Bertha-von Suttner-Platz, der bis 1994 noch Carl-Peters-Platz hieß. Dass die Umbenennung nur nach heftigen politischen Auseinandersetzungen erfolgen konnte, das Denkmal aber bewusst erhalten blieb und mit einer erläuternden Aufschrift versehen wurde, erfuh man/frau hier.



Reinhard Schwitzer erklärt die Geschichte des Platzes und des Denkmals. Foto: Tim Rademacher

Etliche Nachfragen zu dem Kolonialpolitiker Peters aus dem imperialen Zeitalter, in dem auch das Deutsche Reich einen „Platz an der Sonne“ für sich beanspruchte, auch Erläuterungen zur Gestaltung des Platzes und der Architektur der anliegenden Backsteinbauten erweiterte den historischen Horizont der Zuhörer\*innen. Auf dem Weg zum Seelhorster Friedhof fiel etlichen Teilnehmer\*innen auf, dass diese Fahrradtour so ganz nebenbei auch einen anderen Effekt hat: Man/frau fährt durch Straßen und Gegenden, die vielen, die schon sehr lange in der Stadt leben, unbekannt geblieben waren – eine Entdeckertour der anderen Art.



Tim Rademacher in gelber Warnweste spricht am Gräberfeld Friedhof Seelhorst.



Die Teilnehmer\*innen hören interessiert zu. Fotos: Dominique Gillissen

Vom beeindruckend-bedrückenden Gräberfeld tausender Opfer des Nationalsozialismus aus, von dem zwei Gedenktafeln aus dem Jahr 1947 künden, ging es in westliche Richtung zur „Döhrener Wolle“, einem alten Industrie- und Wohngebiet aus dem 19. Jahrhundert. Heute eine attraktive städtische Wohnsiedlung im Grünen, scheint mit einiger Fantasie hinter den restaurierten Backsteinfassaden und jenseits der hübschen Vorgärten die „Jammer“-Existenz der dort einst arbeitenden und lebenden Arbeiterbevölkerung hervor.



„Döhrener Wolle“ – ein interessierendes Thema, das R. Schwitzer zu erläutern weiß Foto: Tim Rademacher  
Siehe auch ausführlich zur Baugeschichte: [https://de.wikipedia.org/wiki/D%C3%B6hrener\\_Jammer](https://de.wikipedia.org/wiki/D%C3%B6hrener_Jammer) und das Netzwerkmitglied Stattreisen Hannover e.V. bietet dort Führungen an: <https://www.stattreisen-hannover.de/fuehrungen/stadtspaziergaenge/stadtteilspaziergaenge/doehrener-wolle-doehrener-jammer.html>

Hier endete die Tour 2018. Einige Teilnehmer\*innen ließen bei einem Zusammensein in einem Eiscafé die Eindrücke dieser von allen als gelungen empfundenen Tour noch einmal Revue passieren.

PS

---

## Gedenken zum Antikriegstag

Zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt hat die Landeshauptstadt Hannover zusammen mit der IG Metall Hannover am Montag, den 3. September 2018 um 16 Uhr auf den Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer gedacht.

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und löste den Zweiten Weltkrieg aus, der Millionen von Menschen das Leben kostete. Zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Faschismus fand die zentrale Gedenkveranstaltung am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer statt. Dort

sind nach der Befreiung der Stadt Hannover 386 ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge würdevoll beerdigt worden.

Zu Beginn der Gedenkfeier zum Antikriegstag begrüßte Dirk Schulze, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover, die Gäste. „Unsere Gesellschaft droht eine Rolle rückwärts zu machen“, warnte Dirk Schulze von der IG Metall mit Blick auf die Ereignisse in Chemnitz. „Den Rechten dürfen wir nicht die Straße überlassen – niemals!“. Anschließend folgte das Grußwort von Thomas Hermann, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover. Hermann erläuterte darin auch die Wichtigkeit von friedenssichernden Maßnahmen: „Krieg kennt keine Grenzen und kann sich rasant ausbreiten, aber auch Menschlichkeit und das Hoffen auf Frieden kennen keine Landesgrenzen. Nicht nur Krieg, auch der Frieden - seine Schaffung und seine Sicherung - gehen uns alle etwas an!“

Die inhaltliche Gestaltung der Veranstaltung übernahmen erneut die Mitglieder der IG Metall Jugend. Unter dem Motto „Wir sind die Kinder einer Welt“ umarmten sie eine aufblasbare Weltkugel und zeigten ihren Willen zur Solidarität.

Nach dem Ende der Gedenkveranstaltung schlossen sich die Teilnehmer\*innen dem Friedensweg des DGB an, der vom Ehrenfriedhof zum Mahnmal Aegidienkirche führte und ein Zeichen gegen rechte Gewalt setzte.



Die IG Metall Jugend gedenkt der Opfer von Krieg und Gewalt © LHH - Städtische Erinnerungskultur

*LHH - Städtische Erinnerungskultur*

---

## **20 Jahre Förderverein Gedenkstätte Ahlem – eine gelungene Geburtstagsfeier**

Sein zwanzigjähriges Jubiläum feierte der Förderverein der Gedenkstätte Ahlem am 2. September mit zahlreichen Gästen aus Hannover und Region. Im Gerson-Saal der Gedenkstätte begrüßte der Vorsitzende des Fördervereins, Dr. Rainer Litten, die Gäste, unter ihnen die Holocaust-Überlebenden Salomo Finkelstein und Henry Korman sowie den früheren Landtagspräsident Rolf Wernstedt und Horst Dralle vom Arbeitskreis „Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer“ und Vorstandsmitglied im Verein Netzwerk Erinnerung und Zukunft. Litten zog Bilanz der Tätigkeit des Fördervereins: „Unser Verein hat sich von Anfang an auf allen Ebenen dafür eingesetzt, dass das Gebäude der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule zu der heutigen Gedenkstätte umgestaltet wurde.“ Der Verein, so Litten, helfe, die Erinnerung an die Geschichte des Hauses zu bewahren. Dazu gehöre der einstige Versuch, das deutsche Judentum weiter zu emanzipieren, u. a. durch Ausbildung für einen Neuanfang in Palästina. Aber auch an die Übernahme des Hauses durch die Nationalsozialisten müsse immer wieder erinnert werden, „an die Gefangennahme und Ermordung von Juden und anderen Regimeopfern“. Mit Blick auf die Zukunft sagte Litten: „Erinnerung bewahren heißt für uns: Unterstützung aller Veranstaltungen der Gedenkstätte, mit denen sie diese Vergangenheit begreiflich

machen und den Anteil der Juden an der deutschen Kultur herausstellen will.“ Ein neues Abgleiten unseres Landes in Menschenverachtung und Ausrottung müsse verhindert werden. In ihrem Grußwort würdigte die stellvertretende Regionspräsidentin Michaela Michalowitz die Arbeit der Gedenkstätte und des Fördervereins. Sie verwies darauf, dass auch ein zuweilen kritisches Miteinander kreative Anregungen hervorbringen könne.

Höhepunkt der Festveranstaltung war der Vortrag „Veränderungen in der Erinnerungskultur“ von Dr. Jens Binner, Leiter der Abteilung Kommunikation und Veranstaltungen der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Seine Thesen fasste er in drei Punkten zusammen:

1. Ziel der historisch-politischen Bildung in den Gedenkstätten sei nicht „Betroffenheit“, sondern ein ethisch fundiertes historisches Urteilsvermögen. Zu stellen sei die Relevanzfrage in der Migrationsgesellschaft, in der wir leben: Was geht uns das heute noch an? Dabei gehe es nicht um eine platte Analogiebildung, sondern darum, die historischen Ereignisse für gegenwärtige Diskussionen nutzbar zu machen.
2. Im Mittelpunkt des Gedenkens stünden die Opfer. Doch auch die Täter, Mittäter und Zuschauer seien stärker in den Blick zu nehmen. Besonders deren Motivation, also die Gemengelage von Ideologie, Ausgrenzung, Rassismus, Sicherheit, Gruppendruck und Angst. Diese Faktoren seien nicht spezifisch nationalsozialistisch, sie könnten auch heute noch Wirkung entfalten.
3. Ausgangspunkt einer Gedenkstätte sei das historische Geschehen vor Ort. Der Ort stehe jeweils exemplarisch für einen Verbrechenskomplex bzw. für Funktionsweisen der NS-Diktatur. Eine besondere Rolle spiele dabei das damalige Prinzip der „Volksgemeinschaft“, also die Kriterien von Exklusion und Inklusion.

Unter der Moderation von Dr. Jens Gundlach warfen Gabriele Lehmborg und Reinhard Tegtmeier-Blanck einen Blick zurück in die Anfänge und die Entwicklung von Gedenkstätte und Förderverein. Lehmborg war Mitarbeiterin des Landkreis-Kartografen Friedel Homeyer, der die Gedenkstätte 1987 gründete. Von 1996 bis 2006 leitete Lehmborg die Gedenkstätte. In dem Interview bedauerte sie eine mangelnde Unterstützung ihrer Arbeit durch Landkreis und später durch die Region. Über das heutige Format der Gedenkstätte war sie voll des Lobes.

Reinhard Tegtmeier-Blanck war Studienrat an der IGS Mühlenberg mit den Fächern Geschichte, Deutsch und Politik. 1998 gründete er zusammen mit anderen den Förderverein der Gedenkstätte Ahlem, deren erster Vorsitzender er wurde bis 2006. Er versprach sich mit Hilfe des Vereins einen Ausbau der in einem Keller befindlichen Gedenkstätte für seinen Projektunterricht. Er schrieb Aufsätze, gab Geschichtsblätter heraus und Dokumente von Arbeiten seiner Schüler auf der Grundlage von Quellenforschung. Mit dem Förderverein allerdings lief er, wie er in dem Interview berichtete, gegenüber Landkreis/Region gegen „Gummiwände“. Der heutigen Gedenkstätte, entstanden in der Ära Jagau, sprach er hohe Anerkennung aus. Tegtmeier-Blanck übergab der Gedenkstätte wertvolle Dokumente über seine damalige Projektarbeit.

Musikalisch begleitet wurde das Jubiläum von der „Finkelstein Kapelye Animando 2 plus“ des Ehepaars Annette und Thomas Siebert. Begeistert reagierte das Publikum auf zwei Musikstücke auf der Grundlage jüdischer Zahlenmystik in der Tradition der Kabala. Aus den Geburtsdaten von Salomo Finkelstein und Henry Korman wurden Zahlenreihen in Noten umgesetzt und vorwärts sowie rückwärts gespielt, eine zunächst fremd und dann aber künstlerisch gelungene Überraschung. So endete der Programmteil der Veranstaltung mit einem Beispiel für die versöhnende und heilende Kraft der Musik.

*Dr. Jens Gundlach*

*[Anm. d. Red.: Der Vortrag von J. Binner soll bald veröffentlicht werden. Entsprechende Infos dann sofort.]*

## **Jiddisch – Eine deutsch-jüdische Liebesgeschichte mit tragischen Abstürzen**

Am 9. September hielt der Theologe und Politikwissenschaftler Dr. Jens Gundlach in der Gedenkstätte Ahlem einen von Bildern unterstützten und musikalisch begleiteten Vortrag über die eintausend Jahre alte Sprache Jiddisch. Mit gut achtzig Zuhörern war der Gerson-Saal gut gefüllt. Ziel des Vortrags war, Judentum in der Erinnerungskultur nicht nur mit dem Holocaust zu verbinden. Vor der Shoa gab es auch in Deutschland ein buntes jüdisches Leben. Dieses spiegelt sich im Jiddisch wieder, das zu 75 Prozent aus Alt- und Mittelhochdeutsch und zu 25 Prozent vorwiegend aus Hebräisch und dazu aus romanischen Sprachanteilen besteht.

Hunderte jiddische Begriffe andererseits bereichern bis heute die deutsche Sprache, wovon – ohne Geseire - viele Beispiele zu hören waren. So stammt „kläffen“ aus dem Hebräischen: kelev ist der Hund. In Ahlem gab es weder Zores noch Zoff. Niemand nannte den Referenten meschugge, fies, schofel oder einen Ganoven (ganav, Hebräisch für stehlen), auch wenn er auf drastische Beispiele jiddischer Mentalität zu sprechen kam. Besonders moderne jiddische Sprachschöpfungen in ultraorthodox-jüdischen Stadtbezirken New Yorks amüsierten das Publikum: Blitzbrief für E-Mail, Schlepptop für Laptop, Internet für Internet oder Singerei für Popkonzert. Der Hannoveraner Salomo Finkelstein nennt Jiddisch eine „geklaute Sprache – zerquetschtes Deutsch“.

Die Juden im Mittelalter hatten sich in die deutsche Sprache verliebt, wegen ihres Reichtums, wegen ihrer Ausdruckskraft. Doch mit Beginn der Kreuzzüge kam es zum Absturz. Juden waren mörderischen Verfolgungen und Pogromen ausgesetzt. Viele flohen nach Polen. Der König von Polen brauchte sie als Siedler. Ihr Westjiddisch brachten sie als ihre säkulare Sprache mit. Diese nahm slawische Wörter und grammatische Eigenheiten auf. So entstand das Ostjiddisch. Westjiddisch starb in Deutschland in der Zeit der Aufklärung aus, durch Assimilation. Wo immer heute Jiddisch gesprochen oder über Jiddisch gesprochen wird, handelt es sich um Ostjiddisch.

Sprichwörtlich ist jiddischer Humor. Kommt ein Jude zum Schlachter, zeigt auf einen Schinken: Ich möchte den Fisch da. Der Schlachter: Aber das ist doch ein Schinken! Der Kunde: Mich interessiert nicht, wie der Fisch heißt. Fast wäre Jiddisch in Israel zur Staatssprache avanciert. Um 1900 gab es unter Zionisten einen Streit: Hebräisch/Iwrith oder Jiddisch. Für letzteres trat der jüdisch-russische Sozialrevolutionär Chaim Zhitlowsky ein. Als Unterstützer der Sprachbewegung Jiddizismus wollte er das Ostjudentum von seiner Fixierung auf religiöse Identität lösen und hinführen zu einer säkularen national-jüdischen Identität. Er unterlag. Landessprache wurde Iwrith.

Klezmer ist jiddische Volksmusik. Drei Lieder wurden vorgestellt: „Wenn ich einmal reich wär“ (Musical Anatevka), Donna Donna und „Bei mir bistu scheen“. Das Ehepaar Annette (Violine) und Thomas Siebert (Klarinette) vom Trio Finkelstein spielten sie mit Schwung und Charme. Zum Schluss gab es einen musikalischen Reisesegen Massl Tof (Viel Glück!) zum Neuen Jahr 5779. Guten Rutch! ist Jiddisch „rosch ha-schana! Aus rosch (Hebräisch für Anfang) wurde Rutch.

*Dr. Anke Sawahn*

---

### **Für Bunt statt braun – überall**

Es war ein kurzfristig, spontan angesetzter beeindruckender Demonstrationzug, der sich am Montagnachmittag, dem 3. September, vom Maschsee-Nordufer bis zur Aegidienkirche hinzog. Weit mehr als die offiziell verlautbarten 3.000 Menschen bekundeten ihren Willen, für eine offene Gesellschaft und gegen ihre Feinde einzustehen. Konkreter Anlass, das hannoversche Bündnis „bunt

statt braun – für Demokratie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“ wieder zu aktivieren – so DGB-Chef Torsten Hannig – waren die rechtsextremistischen Umtriebe im sächsischen Chemnitz. Die Gedenkfeier anlässlich des Antikriegstages am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer ging gerade ihrem Ende zu, als sich dort und im weiteren Umfeld in kurzer Zeit Menschen massenhaft versammelten. Es dauerte entsprechend, bis sich der Zug in Bewegung setzte. Viele konnten wegen Überfüllung den Zielort gar nicht mehr erreichen. Das machte nichts. Es kam darauf, Präsenz zu zeigen, auf die Straße zu gehen: Gegen den rechten Mob, seine Unterstützer, Einflüsterer und wenig heimlichen Schulterklopper aus Politik und Gesellschaft. Das ist gelungen und es war Ansporn, nicht nachzulassen im energischen Verteidigen der im Jahrzehnten langen Ringen erreichten politischen und kulturellen Rechte und Freiheiten – zumal wir Zeiten vergegenwärtigen, in denen sich staatstragend gebende Regierungspolitiker und Behördenleiter mit Fakes und Fake-News dem rechten Volkstumswesen ihre Aufwartung machen.

### **Gegen „Rechtsruck“ und Polizeigesetz**

Wenige Tage später musste man/frau auch deshalb nämlich wieder auf die Straße, um gegen das neue Niedersächsische Polizeigesetz zu protestieren, das Freiheiten und Bürgerrechte drastisch beschneiden soll. Die bestimmt 10.000 Menschen, die sich deshalb am Samstag, dem 8. September, in einem Demonstrationzug durch Hannover bewegten, waren und sind überzeugt, dass unter dem Deckmantel der „Terrorabwehr“ gesetzliche Regelungen geschaffen werden sollen, die Überwachung und Repression gegen Jedermann/-frau ermöglichen. Einzelheiten des breit öffentlich diskutierten Gesetzentwurfs brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Entscheidend ist, dass eine Regierungspolitik die staatlichen Gewaltorgane ermächtigen will, eine neue polizeirechtlich zu verfolgende Kategorie von Bürgerinnen und Bürgern einzuführen: Den „Gefährder“. Nicht mehr nur sachlich/rechtlich konkreter und begründeter Verdacht soll in Zukunft Verfolgung und Repression ermöglichen. Abhöraktionen, Fußfesseln, lange Präventivhaft können jede und jeden treffen, die/der von staatlichen Organen als „gefährdendes“ Individuum definiert wird. Innenminister Pistorius kann noch so salbungsvoll beschwichtigen wollen, das Gesetz meine „nur“ Terroristen. Eine weitere Ermächtigung des Staates gegenüber den Bürger\*innen schwächt deren Grundrechte. Das sind Freiheitsrechte gegenüber dem Staat. Diese hat er laut Grundgesetz zu schützen und zu sichern, nicht zu beschneiden. Es gab einmal eine Sozialdemokratie, die sich unter hohen persönlichen Gefahren einer Staatsermächtigung entgegengestellt hat.

PS

---

### **Das Netzwerk und der „Lernort NS-Gesellschaft“ – Aspekte einer Debatte**

*In diesem Artikel wird die Debatte innerhalb der Netzwerk-AG Lernort NS-Gesellschaft kurz wiedergegeben, um alle Interessierten an unseren Überlegungen teilhaben zu lassen. Stellungnahmen und Zuschriften sind erwünscht, zudem werden Aspekte dieser Debatte uns auch auf dem Netzwerk-Workshop am 1. Dezember 2018 in Hannover beschäftigen.*

Im Frühjahr 2018 hatte sich eine Arbeitsgruppe innerhalb des Vereins Netzwerk zum Thema Lernort NS-Gesellschaft gebildet, um zu sondieren, auf welche Weise und mit welchen Impulsen aus unseren Reihen die Arbeit der LHH – städtische Erinnerungskultur am und im Lernort unterstützt werden kann. Das Netzwerk war zwar – auch lange vor der Vereinsgründung – alles andere als untätig, war im Gegenteil seit Jahren treibende Kraft, ein Dokumentations- und Erinnerungszentrum für Hannover

zu schaffen. Es sei nur an einen Workshop im Herbst 2013 erinnert, bei dem intensiv inhaltliche und gestalterische Konzeptionen entwickelt und beraten wurden. Innerhalb des wissenschaftlichen Beirats, der ideengebend und federführend für die Konzeption des Lernorts war und ist, beteiligten sich mit Dr. Horst Meyer und Reinhard Schwitzer zwei Mitglieder des Netzwerks an den Beratungen. Dabei nahm die lange Suche nach einem geeigneten Ort ausreichender Größe einen nicht unerheblichen Raum ein. Nachdem per Ratsbeschluss Räume der ehemaligen Volkshochschule zum Standort bestimmt waren, wurde das Ergebnis der Beirats- und Kulturausschussberatungen im November 2017 auf Initiative des Vereins Netzwerk von der LHH – städtische Erinnerungskultur einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. [Städtische Infos zu dem Projekt Lernort: [\[https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/St%C3%A4dtische-Erinnerungs%C2%ADkultur/Lernort-Die-hannoversche-Stadtgesellschaft-und-der-Nationalsozialismus\]](https://www.hannover.de/Kultur-Freizeit/Architektur-Geschichte/Erinnerungskultur/St%C3%A4dtische-Erinnerungs%C2%ADkultur/Lernort-Die-hannoversche-Stadtgesellschaft-und-der-Nationalsozialismus)]

Das Netzwerk stand nun vor geschaffenen Tatsachen, mit denen es umzugehen hatte. Also bildet es, wie allgemein unter solchen Umständen üblich, eine Kommission, eine Arbeitsgemeinschaft Lernort, an der auf Einladung eine Mitarbeiterin der städtischen Erinnerungskultur teilnahm. Da sich schnell herausstellte, dass mit dem Leitthema „Mitmachen oder Widerstehen“ das Konzept der Biografisierung von hannoverscher NS-Geschichte vorgegeben war, konzentrierte sich die Debatte darauf, wie der Beitrag der Netzwerkmitglieder bei der Füllung dieses Konzepts quantitativ (recherchiertes Wissen zu den Personen) und qualitativ (neue/andere Personen) organisiert werden könnte. Die LHH städtische Erinnerungskultur stellte daraufhin den Teilnehmenden der nächsten Sitzung eine vorläufige Liste der Kurzportraits zur Verfügung. Die Runde beschäftigte sich mit bestimmten Zusätzen, Anmerkungen und Nachfragen zur biografischen Vorlage. Zur Frage standen auch, wie etwa bei den verfolgten Zwangsarbeiter\*innen aus der Ukraine an biografisches Material gelangt werden könnte, wie die Bedeutung der TU oder des Sports (der Vereine und Verbände) als Institutionen im biografischen System erfasst werden könnten. Gleiches gelte für zentrale Bereiche der Verwaltung (Ordnungs-, Finanz-, Arbeitsamt), der Polizei, der Industrie und des Gewerbes, der Printmedien, der Kunst oder auch der Kirchen.

Eine Begehung der Baustelle Anfang Juli bestätigte die seit dem November 2017 gewonnenen Eindrücke. Auf einer Nachbereitungssitzung der AG in kleiner Besetzung wurde ein 1) Zwischenresümee gezogen und 2) Möglichkeiten erörtert, wie das Netzwerk a) diesen Ort nutzen und b) seine Kompetenz (z.B. dig. Stadtrundgang) dort einbringen könnte sowie Aktivitäten jenseits dieses Ortes – im Rahmen von stadtteilbezogener Arbeit – stärken bzw. initiieren sollte.

Zu 1.) Der Ort und seine Gestaltung sind konzipiert für durch Teamer zu führende Gruppen von jungen Leuten, denen das Thema NS-Gesellschaft ziemlich fremd ist. Darstellungen von damaligen Lebenswelten sollen im Vergleich zu denen von Heute zu Neugier und Reflektion anregen. Abgesehen von der grundsätzlichen Kritik, dass Herrschafts- und Gewaltpraxis des totalitären NS-Systems höchstens sehr verkürzt in den Blick genommen werden – auf die inhaltliche Ausrichtung unter dem Motto: „Mitmachen oder Widerstehen“ müsse man erst einmal kommen, wenn von der NS-Volksgemeinschaft in der NS-Diktatur die Rede ist – scheint die Konzentration auf Jugendgruppen a) interessierte Erwachsene mit einigem Vorwissen weitgehend auszuschließen und b) eine individuelle Begehung des Ortes nicht vorzusehen. Damit nimmt sich der Ort aber selbst ein gutes Stück Bedeutung, die er in der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte für die gesamte hannoversche Stadtgesellschaft eigentlich haben sollte.

Zu 2.) Da die zu realisierende Konzeption entschieden ist, kommt es für das Netzwerk darauf an, den Entscheidern zu vermitteln, dass die materiellen und authentischen Orte in der Umgebung des Lernorts Bestandteil historischer Bildung werden. D.h. es müssen Angebote gemacht werden, aus



den Lernort-Räumen – idealerweise mittels des digitalen Stadtrundgangs, aber nicht nur – ins Freie zu treten, Möglichkeiten anzubieten, auch städtische Orte und Ereignisse in den Blick zu nehmen, die im Lernort gar nicht untergebracht sein können: KZ-Außenlager, Fabriken, Wohnhäuser, NS-Machtzentren etc.

Zudem sollte darauf gedrängt werden, das Haus zu einem Zentrum der historisch-politischen Debatte werden zu lassen. D.h. etwa den Versammlungsraum regelmäßig für Veranstaltungen – nicht nur der Stadt, sondern aller interessierten gesellschaftlichen Gruppen – zu nutzen. Ein Lernort wird nur dadurch lebendig, wenn an ihm auch die politischen Gegenwartsauseinandersetzungen geführt werden. Anlass gibt es dazu genug.

Jenseits der Beschäftigung mit diesem Ort, sollte das Netzwerk sich bemühen, die stadtteilbezogene Forschung zur NS-Zeit zu forcieren bzw. überhaupt zu beginnen. Dies fängt mit Literaturrecherche an (Die systematische Auswertung der Beiträge in den Hannoverschen Geschichtsblättern unter diesem Gesichtspunkt wurde angeregt.), geht mit eigener Forschung weiter und sollte idealer Weise in bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen zu Stadtbezirksgeschichte aufgehen. Das mag utopisch klingen und unsere derzeitigen Kräfte massiv überfordern, doch eine Perspektive sollte es sein.

PS

---

### **KZ-Gedenkstätte Mauthausen – problematischer Eingriff in die Bausubstanz**

*Auf der letzten MV des Vereins Netzwerk am 8. August 2018 wurde eine Erklärung gegen die Eingriffe in die Bausubstanz der Gedenkstätte Mauthausen einmütig unterstützt. Allerdings stellten sich dort Fragen zum genauen und konkreten Anlass. Unser Mitglied Reinhold Weismann-Kieser hat uns deshalb eine entsprechende Erklärung des Internationalen Mauthausen Komitees übermittelt.*

Im Sommer 2018 gab es einen schwerwiegenden Eingriff in die Bausubstanz der weitgehend erhaltenen Gedenkstätte des KZ Mauthausen. Ein Fahrstuhlurm wurde errichtet, wobei eine Gedenktafel für die amerikanischen Befreier des Lagers verschwand und ein breites Loch in die historische Umfassungsmauer geschlagen wurde. Begründet wurde dieser Eingriff mit dem Hinweis, der Zugang zum Lager solle für Menschen mit Behinderungen einfacher möglich werden. Auch habe das Landesamt für Denkmalspflege keine Einwände formuliert.

Gegen einen barrierefreien Zugang zur Gedenkstätte kann niemand etwas einwenden. Kritisiert wird jedoch zum einen, dass vollkommen unsensibel in die historische Bausubstanz eingegriffen wurde und keine andere technisch mögliche Lösung gesucht wurde, und zum anderen, dass bei der gesamten Bauplanung und Umsetzung keinerlei Information an die Überlebenden-Verbände und andere Organisationen, die mit der gedenkpolitischen Arbeit in Mauthausen verbunden sind, gegeben wurden.

Von daher kritisieren Überlebenden-Verbände und ihre politischen Nachfolger dieses Vorgehen der Gedenkstättenverwaltung. „Die haben uns einen Turm mitten ins Konzentrationslager gepflockt. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht“, kritisiert der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich Willi Mernyi. Guy Dockendorf, der langjährige Generaldirektor im Kulturministerium von Luxemburg und nunmehrige Präsident des Internationalen Mauthausen Komitees, das KZ-Überlebende aus 22 Nationen vertritt, sieht in dieser Baumaßnahme einen „Angriff auf die historische Substanz in Mauthausen“ und fordert: „Der Turm muss abgerissen werden!“ Auch der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats der Gedenkstätte äußerte sich kritisch zu der Umsetzung.

Der kaufmännische Leiter der Gedenkstätte verteidigte das Vorgehen mit „Sachzwängen“, räumte aber ein, dass keine Informationen über die Baumaßnahmen weitergegeben worden seien. Auch mit der US-Botschaft sei man noch im Gespräch, wie zukünftig mit der Gedenktafel für die amerikanischen Befreier umzugehen sei – im Klartext, auch sie hat man vor „vollendete Tatsachen“ gestellt.

In einem Schreiben an die Opferverbände und die politisch Verantwortlichen erklärte der Historiker und Generalsekretär der FIR (Fédération Internationale des Résistance), Dr. Ulrich Schneider: „KZ-Gedenkstätten sind oftmals die letzten sichtbaren Originale des faschistischen Terrors in einer Region. Deshalb müssen solche historischen Zeichen unter dem besonderen Schutz der Denkmalspflege stehen. Vollkommen unverständlich ist es daher, dass die Verwaltung der KZ Gedenkstätte Mauthausen aus den vorgeblichen Gründen der ‚Behindertenfreundlichkeit‘ einen Lift an jener Stelle errichten ließ, der den Gedenkstein für die amerikanischen Befreier des Lagers beseitigte und einen Teil der historischen Mauer zerstörte. Solche Planung zeigt einen völlig unsensiblen Umgang mit dem historischen Ort, unabhängig von der Tatsache, ob das Landesdenkmalsschutzamt zugestimmt hat oder nicht.

Was mindestens genauso schwer wiegt, ist die Tatsache, dass dieser Eingriff in die bauliche Struktur und das Ensemble des historischen Ortes ohne Rücksprache mit den Betroffenen, dem Internationalen Mauthausen Komitee und dem Österreichischen Mauthausen Komitee vollzogen wurden. Wer so handelt, weiß, dass er Widerspruch zu erwarten hat – aber er will vollendete Tatsachen schaffen. Die FIR ist entsetzt und betroffen über einen solchen Umgang mit dem historischen Ort und den ehemaligen Häftlingen des KZ Mauthausen, ihren Familienangehörigen sowie anderen in der Gedenkarbeit Engagierten. Wir erwarten eine substantielle Erklärung der Verantwortlichen, die sich nicht hinter ‚Sachzwängen‘ versteckt.“

Ausführlicher im aktuellen Bulletin sich unter [www.fir.at](http://www.fir.at)

*R. Weismann-Kieser*

---

## **Zu anwachsenden Nationalismus und der bedrohlichen Rechtsentwicklung in Europa**

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), der die VVN-BdA als Mitgliedsorganisation angehört hat sich in ihrem letzten Bulletin (Nr.: 49) mit der Frage des anwachsenden Nationalismus und der bedrohlichen Rechtsentwicklung in Europa befasst. Dort heißt es einleitend: „Die Frage, wie sich die politischen Verhältnisse in den verschiedenen europäischen Staaten entwickeln, ist nicht nur für Parteien wichtig, sondern interessiert auch antifaschistische Organisationen, Gewerkschaften und Netzwerke. Die wachsenden Einflüsse von rechtspopulistischen und extrem rechten Parteien auf nationaler Ebene in zahlreichen Staaten der Europäischen Union sind eine Entwicklung, die aus antifaschistischer Sicht mit großer Sorge erfüllt.“ Im Anschluss dran werden die wachsenden Gegenbewegungen beschrieben, aber auch auf deren Schwäche in einigen Ländern besonders Osteuropas hingewiesen. Es folgt der dringende Appell: „In diesem Sinne haben die FIR und ihre Mitgliedsverbände eine große Verantwortung, ihre Möglichkeiten für die Vernetzung aller demokratischen gesellschaftlichen Gruppen zu nutzen. Das ist ein Gebot der Stunde.“

*R. Weismann-Kieser*

---

## **Impressum:**

Der Newsletter erscheint zum Ende jeden ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 21.07.2018.

**Redaktionsschluss der Novemberausgabe ist am 26.11.2018.**

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; [erinnerung-und-zukunft@t-online.de](mailto:erinnerung-und-zukunft@t-online.de); [www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de](http://www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de)

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

